Stadt Weißenfels

18.02.2021

Fachbereich III

Beantwortung der Anfrage

öffentlich

AF 004/2021/1

~~der Stadträtin~~ / des Stadtrates Stehr, Eric

am 20.01.2021 im Stadtrat

✓ Bestätigung Rechts- und Vergabeamt

Mitte letzten Jahres beantragte ich die Einrichtung einer (Test-)Haltestellen am Kämmererhölzchen in Weißenfels-West. Diese ist nun erfreulicherweise am Lindenweg platziert worden, doch es erreichten mich einige Nachrichten von Anwohner:innen, die mir berichtet haben, dass durch die Haltestelle stadteinwärts einige Parkplätze wegfallen, zahlenmäßig etwa Stück 6, wenn man die gesamte Parkverbotszone rund um die Haltestelle betrachtet.

Meine Frage dazu:

Ist es möglich, diese eine Haltestelle weiter stadteinwärts, wie auch beantragt, am Kämmererhölzchen zu platzieren?

Ein bereits gepflasterter Gehweg, und wenn an einer der Buchten entlang des Parks errichtet, eine Bank und Abfallsammelbehälter, würde auch einen besseren Komfort bieten. Die notwendigen 200m zur Folgehaltestelle „Am Stadion“ die irreführenderweise nun an der Beuditzschule, statt am Stadion steht, werden dabei auch eingehalten. Das Umstellen des Haltestellenschildes vergrößert den Weg zur Haltestelle dabei auch nur um eine geringe, aus meiner Sicht vertretbare, Distanz.

Gerade innerhalb der Woche ist die Parkplatzsuche rund um dieses Areal sehr chaotisch und einen Stellplatz zu finden ist oft schwierig.

Sollte eine Neuplatzierung nicht möglich und erwünscht sein, bitte ich um eine ausführliche Begründung.

Darüber hinaus bitte ich um das Anbringen eines Abfallbehälters an das Haltestellenschild in Richtung Kirschweg- und sollte die Veränderung des Standortes der gegenüberliegenden Seite nicht erfolgen, dann auch an diesem.

Falls dies nicht möglich/ gewünscht ist, bitte ich auch hier um eine ausführliche Begründung, weshalb eine Entsorgung von Abfall dort nicht stattfinden kann/ darf.

Sehr geehrte Damen und Herren Stadträte,
sehr geehrter Herr Stehr,

auf Ihre o. g. Anfrage teilen wir Ihnen Nachfolgendes mit.

Die Einrichtung der Haltestelle Lindenweg erfolgte auf Antrag Die Linke/Die Partei. Im Antrag wurde die Einrichtung von Zugangsstellen zum ÖPNV oberhalb des Kämmererhölzchens gewünscht. Innerhalb des Antrages wurde auf die großen Distanzen zwischen den Haltestellen Stadthalle sowie Moritz-Hill-Straße bzw. Kirschweg verwiesen.

Als potentielle Nutzer wurde auf die Bewohner des Wohngebietes Heinrich-Schütz-Straße sowie die Zielverkehre zu den Kindertagesstätten im Lindenweg verwiesen. Weiterführend wurde im Antrag auf die Nutzung mit schwerer Beladung, Kinderwagen sowie auf Menschen mit körperlichen Beschwerden bzw. Beeinträchtigungen hingewiesen.

Die Haltestelle wurde antragsgemäß oberhalb des Kämmereihölzchens, nach dem erforderlichen Anhörungsverfahren der betroffenen Träger öffentlicher Belange, verkehrsrechtlich nach § 45 StVO angeordnet. Mit Aufstellung des Verkehrszeichens 224 wurde die Haltestelle am 11.12.2020 in Betrieb genommen.

Eine Verdichtung des Haltestellennetzes dient der Förderung des ÖPNV. Aufgrund der Lage der Haltestelle zum Wohngebiet sowie zu den Kindertagesstätten im Lindenweg wurde auf sehr kurze Wege für Fußgänger, Menschen mit Beeinträchtigungen sowie für Eltern mit Kinderwagen im Einzugsgebiet der Haltestelle geachtet. Eine Verschiebung der Haltestelle stadteinwärts würde die Entfernung des Zu-/Ausstiegs um ca. 110 m verlängern. Ergänzend wäre bei einer Verschiebung der Haltestelle in Richtung Zentrum bei Aussteigern aus dem ÖPNV die Bewältigung einer Steigung in Richtung Weißenfels West ein zusätzliches Hindernis, welches der Begründung zum Antrag auf Einrichtung der Haltestelle widerspricht. Auch würden sich somit die Wege zur Kita im Lindenweg verlängern und von Kinderwagen schiebenden Eltern müsste wieder eine Steigung bewältigt werden. Somit verschlechtert sich die Nutzung der Haltestelle.

Zur Lage der Haltestelle wurde im Rahmen einer Inaugenscheinnahme vor Ort unter Beteiligung der Polizei, der PVG mbH sowie der Örtlichen Straßenverkehrsbehörde das Anliegen Ihrer Anfrage begutachtet.

Stellungnahme der Polizei:

„Die in der Anfrage geltend gemachten Einwände (Wegfall von Parkmöglichkeiten) können als stichhaltiges Argument für die Verlegung der Bushaltestelle nicht ausreichen. Bei einer am heutigen Tage (16.02.2021) stattgefundenen Vor-Ort-Begehung konnten wir uns davon überzeugen, dass im unmittelbaren Umfeld der benannten Bushaltestelle ausreichend öffentliche Parkmöglichkeiten zur Verfügung stehen. Im Weiteren machen wir darauf aufmerksam, dass eine Verlegung der Haltestelle bergabwärts die Sichtbeziehungen "Beuditzstraße/Heinrich-Schütz-Straße" nachteilig beeinflusst werden. Bei Gegenüberstellung des jetzigen Zustandes zum angestrebten Zustand seitens des Anfragers bleibt festzustellen, dass sich die Relationen aus Reaktions- und Anhalteweg sowie verfügbarer Wegstrecke als unzureichend herausstellen. Aufgrund vorgenannter Argumentation raten wir von einer Verlegung vom jetzigen Standort in Richtung "Am Kämmereihölzchen" ab.“

Stellungnahme der PVG mbH

„Nach Inaugenscheinnahme der betreffenden Örtlichkeit sind wir der Überzeugung, eine Verlagerung der entsprechenden Haltestelle ist nicht nötig. Die umliegenden Straßen bieten eine ausreichende Anzahl an Parkmöglichkeiten und die Anwohner, bis auf wenige Ausnahmen, verfügen über Zufahrten zu den eigenen Grundstücken. Bei einer Verlagerung der Haltestelle kommt hinzu, die zumeist älteren Nutzer des ÖPNV müssen dann eine nicht unerhebliche Steigung absolvieren, um in das angrenzende Wohngebiet zu gelangen. Aus diesen Gründen lehnen wir eine Verlagerung der Haltestelle ab.“

Entscheidung:

Einer Verlagerung der Haltestelle wird verkehrsbehördlich nicht zugestimmt. Aus Sicht der Örtlichen Straßenverkehrsbehörde in Verbindung mit der Anhörung nach VwV zu § 45 StVO ist festzustellen, dass eine zwingende Notwendigkeit der Verlagerung der Haltestelle nach § 45 Abs. 9 StVO nicht besteht. Die Argumentation der Bereitstellung von öffentlichen Stellflächen vs. der Förderung des ÖPNV stellt keine Regelungsgrundlage zur Verlagerung der betreffenden Haltestelle Lindenweg in Richtung Stadtzentrum dar. In einer umweltpolitischen

Zielsetzung ist der ÖPNV entsprechend zu fördern und unter Beachtung der Altersentwicklung der Bevölkerung zu bewerten. Sicherheitsrelevante Nachteile am jetzigen Standort der Haltestelle, welche eine Verlagerung begründen würden, sind nicht festzustellen. Ergänzend ist zu diagnostizieren, dass in zumutbarer fußläufiger Entfernungen hinreichend öffentlich zugängliche Stellplatzkapazitäten vorhanden sind. Der öffentliche Verkehrsraum kann keine 100%ige Sicherstellung von Stellplatzkapazitäten gewährleisten.

Hinsichtlich der Ausstattung der Haltestellen mit Abwurfbehältern zum Abwurf von entwerteten Fahrscheinen wird die PVG mbH entsprechend der Festlegungen des § 32 Abs. 2 lfd. Nr. 3 Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrunternehmen im Personenverkehr (BO-Kraft) aufgefordert.

Für Rückfragen stehen Ihnen die Mitarbeiter der Örtlichen Straßenverkehrsbehörde unter der Telefonnummer 03443 – 370 540 zur Verfügung.

Bischoff
Fachbereichsleiter III